

Die Sozialdemokratische Partei

Wie schon beim „Preußenschlag“, als Reichskanzler von Papen im Juli 1932 die sozialdemokratisch geführte Regierung Preußens mit einem Staatsstreich absetzte und durch einen Staatskommissar der Reichsregierung ersetzte, hielt die SPD auch nach dem 30. Januar 1930 an ihrem streng legalistischen Kurs fest:

„Das Selbstverständnis der Partei erwies sich nun als Hindernis für eine wirksame Abwehr des Nationalsozialismus; es behinderte sie im Einsatz derjenigen Mittel, über die sie als Massenorganisation verfügte. [...] Die potentiell wirksame Waffe der >Eisernen Front< kam nicht zum Einsatz, obwohl ihre Mitglieder und ein großer Teil der Parteianhänger zum Widerstand bereit waren. Für sie war es eine arge Enttäuschung [...] Damit war eine der stärksten Bastionen der SPD geschleift worden. [...] Die mit der Partei verbündeten Gewerkschaften fühlten sich angesichts der Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit zu geschwächt, um etwa mit einem Generalstreik der von den Rechtsparteien betriebenen Zerstörung der Republik entgegenzuwirken.“ (Patrick von zur Mühlen: Sozialdemokraten gegen Hitler, in: Richard Löwenthal und Patrick von zur Mühlen (Hgg): Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin und Bonn 1982, S. 57f.)

Die Aktivitäten der Parteimitglieder konzentrierten sich auf die Reichstagswahlen vom 5. März 1933, zumal die Nationalsozialisten in Mannheim nur wenig von ihrer vermeintlichen „Machtergreifung“ in Berlin profitierten. Noch konnten die Parteien – mit Ausnahme der KPD – ungestört agieren, obwohl ein erstes Verbot der „Volksstimme“ (23. Februar 1933) und die „Reichstagsbrandverordnung“, die am 28. Februar 1933 die Grundrechte weitgehend außer Kraft setzte, auch deren politische Bewegungsfreiheit einschränkten. Aber erst wurde es in Mannheim erst in den Tagen nach den Reichstagswahlen, als die Nationalsozialisten Oberbürgermeister Heimerich absetzten, das Redaktionsgebäude der „Volksstimme“, das Parteigebäude der SPD und das Volkshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verwüsteten sowie die führenden Sozialdemokraten der Stadt verhafteten, nachdem man die kommunistischen Funktionäre bereits vor den Wahlen inhaftiert hatte. Da die Mannheimer Gefängnisse schnell überfüllt waren, „verschubte“ man, so der offizielle Jargon, viele auf den Heuberg bei Stetten am Kalten Markt in eines der ersten „wilden“ Konzentrationslager des Reichs. Als – teilweise nachträgliche – Rechtfertigung der Verhaftungs- und Verbotswelle diente die Erschießung eines Polizeibeamten durch einen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Freiburg am 17. März 1933, sodass auch die sozialdemokratischen Aktivitäten zum Erliegen kamen, noch bevor die Partei am 22. Juni zwangsaufgelöst wurde und am 14. Juli 1933 das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ die NSDAP zur einzig legalen Partei machte.

Auch wenn die SPD am 23. März 1933 als einzige Partei gegen das „Ermächtigungsgesetz“ und damit die Selbstausschaltung der Nationalversammlung und das Ende der Gewaltenteilung gestimmt hatte, verkannte die Parteiführung den Ernst der Lage. Man sah – wie andere – in der Hitlerregierung nur eine vorübergehende Gefahr. Selbst die Zerschlagung der Gewerkschaften Anfang Mai konnte nicht alle eines Besseren belehren. Dass man beispielsweise für ein Treffen sozialdemokratischer Funktionäre am 11. Mai 1933 in der Neckarstadt keine Schutzvorkehrungen getroffen, sondern beim Polizeipräsidium sogar um eine Versammlungserlaubnis gebeten hatte, unterstreicht die Blauäugigkeit der Sozialdemokraten, für die sich SA-Leute und Polizisten mit der Verhaftung aller Versammelten bedankten.

Nur allmählich gelang es der Partei, sich auf Exil und Untergrund vorzubereiten: Im Juni konstituierte sich in zunächst Prag (ab 1938 in Paris und ab 1940 in London) unter dem Vorsitz von Otto Wels die Exilpartei (Sopade) und rief zum Sturz Hitlers auf. Ins Zentrum ihrer Aktivitäten rückten in den nächsten Jahren die Förderung der illegalen Arbeit im Reich, die Aufrechterhaltung des Informationsflusses von und nach Hitler-Deutschland, die Unterstützung der Emigranten und nicht zuletzt das Aufzeigen des wahren Gesichts des braunen Unrechtsregimes.

Zu diesem Zweck wurde in grenznahen Orten ein Netz von Grenzsekretariaten errichtet, die als Anlauf- und Verbindungsstellen dienten: Sie waren für das Einschmuggeln von Schriften und Propagandamaterial zuständig, versorgten die illegalen Zellen mit Informationen und Geldmitteln, aber sie sammelten auch Informationen aus dem Reich, die dann als „Deutschland-Berichte der Sopade“ publiziert wurden. Große Bedeutung für Baden und die Pfalz hatte zunächst die Grenzstelle Südwest, die der bisherige Vorsitzende des SPD-Landesverbandes Baden, Georg Reinbold, ab Juni 1933 von Straßburg aus, aufbaute. Von hier aus schmuggelte man über fünf Posten den „Neuen Vorwärts“ ein. In Mannheim war eine Gruppe um Jakob Ott, Georg Gräber, Hans Heilig und Jakob Baumann aktiv, deren vordringliches Ziel es war, die Kommunikation zwischen den Parteimitgliedern aufrecht zu erhalten, sie über die politische Lage zu informieren und mit Propagandamaterial zu versorgen. Weitere Aktivitäten waren weder geplant noch möglich. Allmählich konnten auch Kontakte zu Gruppen außerhalb Mannheims geknüpft werden.

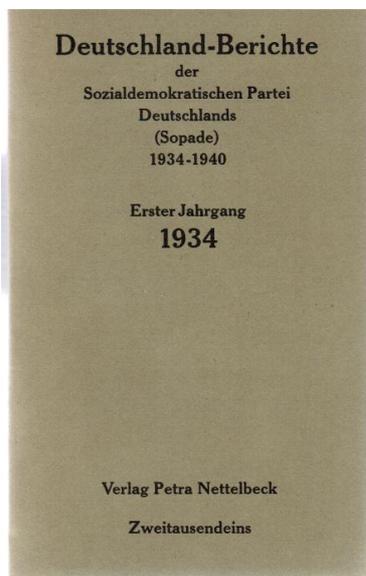


Bild 31: Erster Band der 1980 im Druck erschienenen „Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sopade“, Frankfurt 1980

Bekannt ist das Treffen am 6. Mai 1934 am Asselstein bei Landau, wo sich Genossen aus Baden, vor allem der Rechberg-Gruppe um Emil Henk, und der Pfalz trafen, oder die Zusammenkunft Mannheimer und Heidelberger Funktionäre am 21. Mai 1934 bei den „Drei Eichen“ oder vom 2. bis 4. Juni 1934 in Neunkirchen, da das Saarland zu diesem Zeitpunkt noch nicht ans Reich angegliedert war. Durch einen Motorradunfall des Kuriers und eine Verkettung unglücklicher Umstände konnte die Gestapo 1934 einen Teil der Mannheimer und Heidelberger Gruppen verhaften.

Die illegale Arbeit wurde unter der Leitung Karl Mayers fortgesetzt. Jetzt gelang es, auch die Bergstraße und den Landkreis Mannheim ins Informationsnetz einzubeziehen, bis die Gestapo 1935 auch diese Gruppe enttarnen und verhaften konnte. Im April 1936 schließlich wurden nicht weniger als weitere 58 Anhänger der illegalen SPD verhaftet und damit das Netz der konspirativen Tätigkeit endgültig zerrissen. Der Schock über diese Verhaftungswelle saß so tief, dass die sozialdemokratische Untergrundarbeit in Mannheim danach weitgehend zum Erliegen kam.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) und die Gruppe „Neu-Beginnen“

Beide relativ kleinen Organisationen, die sich zum einen seit 1931 von der SPD abgespalten und links von ihr für eine Volksfront mit der KPD geworben hatten (SAP) oder sich zum anderen seit 1929 allmählich aus der KPD gelöst und für eine einheitliche „revolutionäre“ Arbeiterpartei eingetreten waren („Neu Beginnen“ oder „Organisation“), gelang es nach der „Machtübertragung“ und dem „Reichstagsbrand“ sehr viel leichter und schneller als den beiden großen Arbeiterparteien, ihre Aktivitäten im Untergrund fortzusetzen.

In der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“, der sich ja auch der spätere sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt angeschlossen hatte, waren zumeist disziplinierte junge Mitglieder aktiv, die sich für die konspirative Arbeit gut eigneten. Überdies hatte der Parteivorstand die Partei im März 1933 offiziell aufgelöst, worauf überwachte oder verhaftete Mitglieder stets verweisen konnten. Doch die meisten Mitglieder dachten nicht daran ihre Arbeit einzustellen, sondern setzten diese – wie auf dem Parteitag in Dresden beschlossen – in der Illegalität fort, um aus den „Trümmern der Arbeiterbewegung die Bausteine für ihre Erneuerung zusammenzutragen [...]“. Ihr Hauptaugenmerk galt dem Aufbau eines Informations- und Kommunikationsnetzes sowie – zur Schulung der Mitglieder – der Herstellung und Verbreitung von Informationsmaterial.

Die rund 80 bis 100 Mitglieder der SAP im Raum Mannheim, die bereits 1934 in Dreierzellen organisiert waren, konnten ihre konspirative Tätigkeit zunächst unter der Führung von Max Diamant und Gustav Roos fortsetzen. Der spätere SPD-Stadtrat Otto Bauder und der spätere KPD-Stadtrat August Locherer kämpften dort Seite an Seite. Bis 1938 von den Verfolgungsbehörden weitgehend unbehelligt entwickelte sich die Mannheimer Gruppe zum illegalen Organisationszentrum für ganz Südwestdeutschland, das eng mit den Auslandsstützpunkten in Basel und Straßburg zusammenarbeitete. Die Gruppe gab selbst eine eigene illegale Druckschrift heraus „Das Fanal“, die SAP-Jugendorganisation verbreitete ihre hektographierten Zeitungen mit den programmatischen Namen „Vorhut“, „Fackel“ oder „Avantgarde“, die zumeist von Adolf Schröder redigiert wurden. Hinzu kamen über Fahrradkuriere und Rheinschiffer eingeschleuste Tarnschriften. Erst 1938 gelang es der Gestapo in das immer weiter verzweigte und damit anfälligeres Netzwerk einzudringen und in mehreren Verhaftungswellen über 100 Mitglieder in ganz Südwestdeutschland zu verhaften, darunter etwa 25 bis 30 Widerstandskämpfer aus Mannheim, allen voran Otto Bauder, die Brüder Paul und August Loderer, Alfred Meixner oder Adolf Schröder.

Noch problemloser als der SAP gelang es der kleinen Gruppe der seit 1929 von Walter Löwenstein in Berlin von Beginn an streng konspirativ aufgebauten „Organisation“, wie die Gruppe „Neu Beginnen“ sich zunächst nannte, im Untergrund weiterzuarbeiten. Ihr gehörte u.a. der spätere führende Sozialdemokrat Fritz Erler an, der nach dem Zweiten Weltkrieg in Württemberg und Baden eine zweite Heimat finden sollte. Nach dem Reichstagsbrand zogen sich die Mitglieder aus der am stärksten gefährdeten KPD zurück und gründeten in Prag eine Auslandsvertretung, wo Löwenstein im Oktober 1933 unter dem Pseudonym seine in Kreisen des linken Widerstands für Furore sorgende Schrift „Neu beginnen“, die der Gruppe fortan ihren Namen gab, veröffentlichte. Sie wurde im Kleinstdruck hergestellt und als Tarnschrift mit dem Titel „Schopenhauer, Über die Religion“ im Reich verbreitet.

Der Mannheimer Gruppe um den Graphiker Carl Maria Kiesel aus Kaiserlautern gehörten etwa 10 bis 12 Mitglieder, darunter der Architekt Wilhelm Pabst, der Jurist Hans Bruno Egger und der Oberspielleiter des Nationaltheaters Richard Dornseiff, die sich zu Aussprachen gelegentlich auf der Neckarinsel trafen. Durch Verrat konnte die Gestapo im Frühjahr 1934 Kiesel und drei Mitstreiter verhaften; das Gericht, dem ihre Zugehörigkeit zur Gruppe verborgen blieb, verurteilte sie nach einjähriger Untersuchungshaft schließlich als ehemalige Mitglieder der SPD zu Gefängnisstrafen zwischen 6 und 15 Monaten verurteilen. Die übrigen Mitglieder wurden zwar nicht entdeckt, scheinen die illegale Arbeit aber bald eingestellt zu haben.